



Wie jedes Jahr findet vom 1. bis 3. Februar in München die "Konferenz für Sicherheitspolitik" statt. Angekündigt haben sich dazu 30 Außen- und Kriegsminister der NATO- und EU-Staaten, deren Generalsekretäre von NATO und EU, eine Delegation von Kongressabgeordneten und Senatoren aus den USA, sowie eine Reihe von hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten. Außerdem werden Delegationen aus Russland und China erwartet, was jedoch nichts daran ändert, dass diese Konferenz inhaltlich und politisch von EU und NATO bestimmt wird. Offizielle Organisatorin der Sicherheitskonferenz ist die BMW - eigene "Herbert Quandt-Stiftung".

Anschaulicher lässt sich die Allianz zwischen Kapital und Militär kaum darstellen. Den TeilnehmerInnen der Münchner Sicherheitskonferenz geht es um die Planung gegenwärtiger und zukünftiger Kriege, die Aufstellung schlagkräftiger mobiler Eingreiftruppen und die Entwicklung neuer milliardenschwerer Rüstungsprogramme. Themen der diesjährigen Sicherheitskonferenz sind der "internationale Terrorismus" und die "globale Sicherheit".

Die Rolle der Bundeswehr nach innen und außen

Seit über zehn Jahren feilen die Militärs an neuen strategischen Konzepten, in denen der Bundeswehreinsatz für wirtschaftliche Zwecke vorgesehen ist und die Notwendigkeit stetig wachsender Militäreinsätze, weit entfernt von Europa, begründet wird. Die Absicht, die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, pro Jahr zwei größere "Kriegseinsätze" wie im Kosovo durchzuführen bedeutet nichts anderes, als den Kriegsfall zum Normalzustand zu machen. Die Umstrukturierung der Bundeswehr ist ein Element der militärischen Umgestaltung Europas und zielt darauf ab, die Handlungsfähigkeit Europas als globalen Akteur zu verwirklichen. Deutschland ist federführend in diesem Umgestaltungsprozess. Das Streben nach wirtschaftlicher, politischer und demnächst auch militärischer Macht ist eindeutig eingebettet in einen europäischen Prozess, sowohl des Zusammenwachsens als auch einer Ausdehnung gen Osten.

Repression und Rassismus nach innen

Der Krieg nach außen findet seine innenpolitische Entsprechung in einer

Vom 1. - 3. Februar findet in München die NATO-Tagung statt. Erwartet werden einige tausend Menschen aus ganz Europa, die ihren Protest gegen NATO, Krieg und die herrschende Weltordnung ausdrücken wollen. Darunter gewaltfreie wie militante Gruppen, GewerkschafterInnen, Friedensbewegte usw. Neben einer großen Demonstration sind viele bunte Aktionen geplant, so z.B. ein „Carnival against NATO“ am Samstag Morgen. Aus dem Aufruf des Anti-NATO-Komitees:

Hochrüstung staatlicher Repressionsapparate, die sämtliche Entwicklungen der letzten Jahre in den Schatten stellt: Biometrische Daten im Ausweis, umfassende Gendateien, Gesinnungsscheck für ArbeiterInnen in Krankenhäusern und Verkehrsbetrieben, Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten, Einsatz des Militärs im Inneren. Von flächendeckender Kameraüberwachung, erhöhter Bullenpräsenz und Rasterfahndung ganz zu schweigen. In den USA wird bereits die Legalisierung der Folter offen diskutiert. Die Verschärfung der "Inneren Sicherheit" bedeutet eine zunehmend rassistische Formierung von Staat und Gesellschaft. Nach dem Gesetzespaket des deutschen Innenministers Schily sollen Flüchtlinge und MigrantInnen in Zukunft auf einen bloßen "Extremismus" - Verdacht hin abgeschoben werden.

Ihre "Sicherheit" heißt Armut und Ausbeutung...

Die äußeren und inneren Kriege der sogenannten "zivilisierten Welt" werden ideologisch flankiert von einem Sicherheitsdiskurs, der jedes Verbrechen der Herrschenden als Abwehrmaßnahme gegen monströse Feinde erscheinen lässt, die von außen die Sicherheit der MetropolenbewohnerInnen bedrohen. Betrachten wir den Begriff "Sicherheit" einmal anders als aus der Perspektive der Militär- und Polizeistrategen, so stellen wir uns die Frage, welche Sicherheit der herrschende Normalzustand den Menschen wirklich bietet:

Welche Sicherheit bietet dieses System einer bolivianischen Kleinbäuerin, die aufgrund der neuesten IWF-Strukturanpassungsmaßnahme die übersteuerten Brot- und Brennstoffpreise nicht mehr bezahlen kann? Was heißt Sicherheit für eine Arbeiterin, die ihr Überleben nur durch einen 16-Stundentag in einer philippinischen Textil-Weltmarktfabrik sichern kann?

(Aufruf Anti-NATO-Bündnis, www.buko24.de/nato.htm)

Stadt & Staat wollen Widerstand verhindern

Bereits im Vorfeld der Aktivitäten gegen die "Münchner Konferenz für Sicherheit" wird seit Anfang Januar versucht sowohl das Vorbereitungsbindnis in München als auch die zu erwartenden DemonstrantInnen zu kriminalisieren. Es kommt zu massiven Behinderungen – jeglicher Widerstand soll offenbar unmöglich gemacht werden.

Nicht gesichert ist, ob es überhaupt Schlafplätze für die DemonstrantInnen geben wird: Auf Druck des Münchner Oberbürgermeister Ude werden öffentliche Räume, z.B. Turnhallen, als Übernachtungsmöglichkeiten für die tausenden von Anreisenden verweigert. Städtische Einrichtungen, die die Teilnehmer der Protestaktionen unterstützen, werden von Politik und Polizei eingeschüchert.

Das "Eine-Welt-Haus", geplant als "infopoint", Pennplatzbörse und Ort des "Internationalen Diskussionsfrühstücks" am Sonntag, wurde den NATO-KritikerInnen von Seiten des Vorstandes verwehrt. Die Stadt hatte mit Einstellung der finanziellen Unterstützung des "Eine-Welt-Hauses" gedroht, wenn es seine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hätte. Auf der Vorveranstaltung – „Neue NATO-Strategie und die Rolle der NGOs“ – am 17. Januar im Eine-Welt-Haus wurde den VeranstalterInnen untersagt, Flugblätter auszulegen, zudem durfte kein Wort zu den Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz gesagt werden.

Auch dem „Kafe Kult“ wurde von Seiten der Polizei mit „ernsthaften Konsequenzen“ gedroht: In der Einrichtung soll am Freitag vor der Konferenz ein Benefiz-Konzert für das Anti-Nato-Bündnis stattfinden. Das "Bündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz" sah sich gezwungen als Veranstalter des Benefiz-Konzertes für die Anti-NATO-Mobilisierung zurückziehen: „Der politische und polizeiliche Druck, der auf die BetreiberInnen des „Kafe Kult“ ausgeübt wurde, ließ uns keine andere



Möglichkeit offen, weil ansonsten das ‚Kafe Kult‘ als sub-kulturelle Einrichtung extrem gefährdet gewesen wäre.“

Aus Sicht des Bündnisses sind die Maßnahmen der Versuch, die Freizügigkeit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit extrem einzuschränken. Das Anti-Nato-Komitee meint dennoch: „Jedoch, sie werden nicht durchkommen mit ihrem Ansinnen uns einzuschüchtern und unsere politische Handlungsfähigkeit einzuschränken. Ganz im Gegenteil, wir werden es umdrehen!“

(Infos von www.indymedia.de)



„Nach Angaben eines US-Special Forces Soldaten sind letzten Sonntag in einem Kriegsgefangenenlager der Nordallianz unweit der nordafghanischen Stadt Mazar-i-Sharif „Hunderte“ von Taliban-Kämpfern einem weiteren Massaker zum Opfer gefallen. Diesmal wurden die Gefangenen mehrheitlich jedoch nicht von den Kämpfern der Nordallianz massakriert, sondern durch US-Luftangriffe auf das Lager in einem alten afghanischen Fort.“ (Rainer Rupp, www.bundeswehrabschaffen.de)



Brot, Bomben und Lügen

(Von Christoph Spehr)

1. Für eine sofortige Einstellung des westlichen Angriffskrieges in Afghanistan

Die USA führen derzeit einen Angriffskrieg gegen Afghanistan, möglicherweise bereiten sie auch einen Angriffskrieg gegen weitere Länder vor. Sie tun dies mit Zustimmung der NATO und der G8-Staaten im Rahmen der üblichen imperialistischen Arbeitsteilung; dass die europäischen Regierungen einen Stil des „nachdenklich Bombardieren“ bevorzugen, heißt nicht, dass es hier irgendwelche Differenzen gäbe. Dieser Angriffskrieg ist ein verbrecherischer Akt, und er liegt mitnichten im Interesse der westlichen Bevölkerungen.

Das Entsetzen über die Anschläge des 11. September kann nichts daran ändern, dass Terror weder mit Gegenterror noch mit Krieg zu beantworten ist. Die Rhetorik, die Anschläge seien eine Kriegserklärung gewesen, soll gezielt von der Fragwürdigkeit von Vergeltungsschlägen ablenken. Es gibt bislang kein Verfahren, keine der Öffentlichkeit vorgelegten Beweise, keinen darauf gestützten Auslieferungsantrag; dass die Taliban-Regierung Osama bin Laden nicht in vorausseilendem Gehorsam „einfach so“ ausgeliefert hat, gilt als ausreichender Grund für einen Krieg gegen Afghanistan. Dass die militärischen Aktionen der Ergreifung Bin Ladens gelten sollten, ist seit den immer massiveren Bombardements als Lüge offensichtlich: Kriegsziel ist das Auswechsellern der afghanischen Regierung. Die Opferzahlen des westlichen Angriffskrieges werden die Zahl der Toten in New York und Washington um ein Vielfaches überschreiten.

Der Krieg tötet nicht nur die, die von Bomben getroffen werden; er tötet auch die, die seit dem Truppenaufmarsch vor ihm zu fliehen versuchen und an Hunger und Kälte sterben werden. Der Zynismus der Nahrungsmittelpakete, die mit Grünöl vom amerikanischen Volk hinterhergeworfen werden, wird sie nicht retten.

2. Gegen die Mystifizierung der Anschläge

Die Anschläge vom 11. September sind keine Anschläge auf „die Zivilisation“. Es sind auch keine Proteste gegen Armut und Kapitalismus. Es sind Verbrechen, politisch motivierte Anschläge, und Massaker als Teil einer machtpolitischen Strategie. Wenn sie tatsächlich von radikal-islamistischen Terrororganisationen im Umkreis von El-Quaida und Bin Laden verübt sind, haben sie einen ziemlichkonkreten Hintergrund. Zum einen sind es Racheakte für den erneuten Bündniswechsel des Westens in Afghanistan, nämlich von den Taliban zur Nordallianz, an die in jüngster Zeit große Waffenlieferungen vorbereitet wurden und deren militärischer Führer, Massud, im

April auf Einladung des Europa-Parlaments zu strategischen Gesprächen mit Solanas u.a. zusammen traf, bevor er zeitgleich mit den Anschlägen von einem Selbstmordkommando ermordet wurde.

Zum anderen reihen sich die Anschläge in eine Serie von Mordanschlägen seit 1993, die gegen Angehörige des US-Militärs, der US-Geheimdienste und anderer Einrichtungen in arabischen Ländern verübt wurden und die Ziele verfolgen sollen, die von Bin Laden und anderen Terror-Organisatoren immer wieder genannt wurden: Abzug amerikanischer Truppen aus allen arabischen Ländern; Ende des militärischen und ökonomischen Krieges gegen den Irak; Entzug der westlichen Unterstützung für „gefügige“ Satelliten-Regime wie Saudi-Arabien. Diese Ziele (nicht die Anschläge!) finden in der Bevölkerung der arabischen Länder weite Zustimmung, und sie sind berechtigt. Das Problem ist, dass der militärisch-ökonomische Komplex des islamistischen Terrors sich diese, an sich schwer abweisbaren, Ziele zu eigen macht, um sein eigenes Süppchen darauf zu kochen. Er behauptet, dass diese Ziele nur durch ihn zu erreichen sind; dass sie nur mit seinen faschistischen Mitteln erreichbar sind; und dass sie nur zusammen mit einigen anderen Zielen erreichbar sind, die man ebenfalls als faschistisch bezeichnen muss: der Errichtung fundamentalistischer „Gottesstaaten“ a la Taliban, der Vernichtung Israels, der totalen Allmacht der islamistischen religiösen und militärischen Führer.

Die Mystifizierung der Anschläge verdeckt, dass die westlichen Regierungen keine Antwort auf dieses Problem haben; ja dass sie es auch gar nicht lösen wollen, weil sie mit dem Terror auch alle legitimen arabischen Ansprüche bekämpfen möchten, die dem westlichen imperialen Anspruch zuwiderlaufen. Die Mystifizierung verdeckt, dass der sunnitische Fundamentalismus, Osama bin Laden und die Taliban vom Westen gezielt aufgebaut, finanziert und aufgerüstet wurden, im Rahmen der größten CIA-Aktion seit dem Zweiten Weltkrieg; zunächst um die Sowjetunion zu bekämpfen, später um in Ungnade gefallene Protegés durch andere Kräfte zu ersetzen. Und sie verdeckt auch, dass der Westen andere Versuche in der arabischen Region, Souveränität und reale Selbstbestimmung zu erlangen, konsequent zerstört hat oder ausbluten ließ.

3. Die Politik des Westens: wie von Bin Laden bestellt

Was ist nun die aktuelle Politik des Westens gegenüber diesem Problem? Sie wirkt, als hätten Bin Laden und die anderen Exponenten islamistischer Terrororganisationen persönlich sie bestellt: Die USA stellen sich auf eine mindestens 10jährige massive Truppenpräsenz ein, im Prinzip sollen amerikanische Truppen für immer auf dem Boden arabischer Länder stationiert bleiben. Der Westen stützt fragwürdigste Regime mit politischen, ökonomischen

und militärischen Geschenken, sofern sie nur an der Kriegs-Koalition teilnehmen; Menschenrechte spielen dabei keine Rolle. Die Einbeziehung des Irak als Ziel militärischer Operationen ist sehr wahrscheinlich, ein Ende des Embargo ist in weite Ferne gerückt. Mit der Aufrüstung der Nordallianz greift der Westen zum dritten Mal massiv in den afghanischen Bürgerkrieg ein, und er wird auch die Nordallianz fallen lassen, sobald sie Kritik an der westlichen Politik und an den westlichen Bomben übt. All dies ist Wasser auf die Mühlen des Terrors.

4. Genua hoch zehn

Entzivilisierung und Entdemokratisierung schreiten dabei auch im Westen selbst voran. Nach dem Willen der US-Regierung sollen bei der totalen Operation „Terrorbekämpfung“ alle Trennungen zwischen Militär, Polizei, Geheimdiensten und ökonomischer Politik aufgehoben werden. Der umfassende, totale Krieg gegen unbotmäßige Länder, der so zur realen Drohung wird, benutzt die UNO nicht einmal mehr als Feigenblatt: keine internationale Instanz wird die „Beweise“ gegen Afghanistan auch nur zu Gesicht bekommen haben, bevor die USA angreifen.

Der proklamierte 10-Jahres-Plan, der militärische, ökonomische und politische Interventionen umfassen soll und damit den Charakter einer autoritären Weltinnenpolitik hat, wird im Kreis von Kriegskabinetten verhandelt, eine Gruppe von vielleicht zwanzig Menschen weltweit entscheidet über die Ausrichtung der Weltpolitik der nächsten 10 Jahre. Die bisherige Annäherung der G8-Treffen wird damit noch übertroffen. Was hier vorbereitet wird, ist Genua hoch zehn. Dazu passt auch, dass Notstandsgesetze nach innen vorbereitet werden, um Widerstand und Kritik durch totalitäre Kontrolle und Zensur zu ersticken: die Abmahnungen von LehrerInnen in Sachsen, die es wagten die US-Politik zu kritisieren, geben einen ersten Vorgeschmack.

5. Was tun?

In diesem Krieg gibt es keine Seite des Guten; und es gibt keine wünschenswerte Tendenz, die von den Anschlägen des 11. September hervorgerufen würde, auch nicht indirekt. Beides kann nicht überraschen. In den Diskussionen um einen neuen Internationalismus ist immer wieder betont worden, dass es nicht funktioniert, sich auf eine Seite des Guten schlagen zu wollen, und dass es keinen inneren Automatismus gibt, der aus den Widersprüchen wie durch Geisterhand in eine bessere Zukunft führt. Was ist daher jetzt zu tun?

a) Den Widerstand gegen den westlichen Angriffskrieg stärken

Trotz der Beteuerungen ist die allgemeine Stimmung bislang nicht übermäßig positiv für den Krieg. Vielen ist klar, dass die Gegenschläge von heute die Selbstmordattentate von morgen sind. Viele sind schockiert, wie leichtfertig von den Regierungen weiterhin Gefahren für uns selbst in Kauf genommen werden. Viele erinnern sich auch daran, dass alle Beweise des Westens für den

jugoslawischen „Hufeisenplan“ sich später als Propaganda-Lüge herausstellten; oder dass die Bombardements 1998 im Sudan nachweislich zivile Ziele zerstörten. Viele können sich jetzt nicht nur besser vorstellen, was es bedeutet, in Israel zu leben, sondern sie fragen auch, ob das die richtige Perspektive für die gesamte westliche Welt ist. Es gibt viele Zugänge zu der richtigen Entscheidung, aktiv gegen den Krieg vorzugehen. Wir sollten sie nicht auf den üblichen linken Nebenschauplätzen (Stichwort Antiamerikanismus) zerreden.

b) Für eine Revision der weltweiten Interventionspolitik

Die heutige Situation ist wesentlich auch ein Ergebnis der Politik, die seit 1990 als Neue Weltordnung definiert und militärisch abgesichert wird. Auch die Bundeswehr hat in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 1991 erklärt, es gehe nicht mehr um Landesverteidigung, sondern um die Sicherung „unseres“ Zugriffs auf Rohstoffe und um die weltweite Verteidigung „unserer“ Interessen mit den Mitteln des Krieges. Der ökonomische und militärische Neokolonialismus beinhaltet tödliche Risiken für uns selbst. Die Alternative liegt in einer kooperativen Weltordnung, nicht in einer noch weiteren Aufrüstung.

c) Für eine Anerkennung berechtigter Ansprüche

Eine internationalistische Gegenbewegung wird sich auch dazu durchringen müssen, den arabischen Anspruch auf Selbstbestimmung und Souveränität, auf Abzug westlichen Militärs und Ende der Interventionspolitik, anzuerkennen und zu unterstützen, wenn dieser Anspruch nicht weiterhin von Fundamentalisten und Terrororganisationen ausgebeutet werden soll. Der einzige Gegenanspruch, mit dem dies verknüpft werden kann und muss, ist in diesem Fall die Anerkennung des Existenzrechts und legitimer Sicherheitsbedürfnisse Israels.



Wer schläft, mordet nicht (alte Volxweisheit)

d) Für eine kooperative Weltordnung von unten

Eine internationalistische Gegenbewegung hierzulande wird ferner den Dialog mit oppositionellen und kritischen Gruppen in arabischen Ländern (und im Exil) suchen müssen, auch in Israel und Palästina, um herauszufinden, was darüber hinaus Umriss einer kooperativen Politik sein können. Sie wird diese Politik letztlich gegen den Widerstand der politischen Eliten des Westens durchsetzen müssen (so wie andere das in ihren Ländern tun müssen). Im Moment ist von großer Bedeutung, kritische Stellungnahmen zur Logik des Krieges zu übersetzen und zugänglich zu machen (Beispiel RAWA), sowie klarzumachen, dass es unabhängige und kritische Gruppen und Bewegungen auch in arabischen Ländern gibt, und was sie wollen. Es gilt ferner zu unterstreichen, dass eine akzeptierte, offene Einwanderungsgesellschaft in politischer, religiöser und Herkunfts-Pluralität, die beste Chance ist, für eine Politik internationaler Kooperation verständnis- und handlungsfähig zu werden. Auch ein Weg, wie er hier skizziert ist, enthält Risiken und Gefahren. Auch er ist langfristig, schwierig, nicht unbedingt sofort erfolgreich. Aber es ist der einzige, den man gehen kann, wenn einem das Leben (das eigene und das Anderer) wichtiger ist als Herrschaft und Dominanz. Und es wird ihn niemand gehen, wenn nicht wir.

(vollständige Fassung unter www.projektwerkstatt.de)

Angriff auf die „Zivilisation“ – Einteilung nach rassistischem Schema

Die Anschläge des 11. September wurden als Angriff auf die „Zivilisation“ bezeichnet; George Bush forderte sofort den Kreuzzug gegen das ‚Böse‘. Parallel dazu: überall in der westlichen Welt Gedenkminuten, Mahnwachen und Trauer, nicht zuletzt organisiert durch die mediale Aufbereitung der Anschläge.

Durch die Konstruktion der westlichen Welt als „Zivilisation“ wird eine Zweiteilung von Menschen aufgebaut: Menschen aus dem arabischen Raum werden so per se als „barbarisch“, böse definiert. Hinter diesem „Gedenkterror“ steckt eine im Kern rassistische Logik: Menschen aus westlichen Industrienationen sind wertvoll; Menschen in Afghanistan, Menschen in der „Dritten Welt“ sind wertlos.

Eine Zweiteilung, die funktioniert: Tag für Tag sterben weit mehr als 30.000 Menschen in der „Dritten Welt“ aus Folge der Politik der Industrienationen - sei es aus Armut oder staatlichem Terror. Ihr Leid und die dortige Gewalt werden in Nebensätzen abgehandelt, während alle Welt trauert, wenn US-AmerikanerInnen sterben. Über terroristische Anschläge empört mensch sich, während es ganz normal ist, wenn Staaten in den Krieg ziehen und dabei ganze Landstriche zerbombt werden.

Wie totalitär solch eine binäre Logik ist, wurde schnell offensichtlich: Nicht-Deutsche, Flüchtlinge werden unter Pauschalverdacht gestellt und sollen einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterzogen werden. Die wenigen, die sich der „bedingungslosen Solidarität“ verweigerten und Kritik am Krieg äußerten: Ein türkischer Arbeiter aus Lüdenscheid, der nicht an Gedenkminute teilnahm, wurde entlassen; ein Lehrer, der Kritik am Krieg übte, wurde von Siegen nach Kierspe versetzt.

Dieser ‚Zivilisationspatriotismus‘ wurde und wird von großen Teilen der Gesellschaft getragen, auch von kritischen Gruppen. Er bildet die Grundlage dafür, dass der Krieg so bereitwillig angenommen wurde. Die Einteilung in wertlose / wertvolle Menschen hat (wieder) funktioniert: Für die Opfer aus der Zivilbevölkerung Afghanistans – inzwischen über 4000 Tote – gibt es weder Mahnwachen, noch Gedenkminuten in nennenswertem Ausmaß. Normal ist der Tod.

(Jungdemokraten MK)

Redaktion:

**Schwarze Katze
Postfach 41 20
58664 Hemer**

**schwarze-katze@free.de
www.free.de/schwarze-katze**

V.i.S.d.P.:

**Jana Mütze
c/o Schwarze Katze**

Gegen Krieg – für eine Bewegung von unten!

Es ist Krieg – doch der Widerstand gegen militärische Einsätze ist hierzulande bisher ziemlich schwach; viele Gruppen sind dem Zivilisationspatriotismus verfallen, andere dem Glauben an den ‚guten‘ Rechtsstaat...

Darüber täuschen auch nicht die wenigen, gelungen Aktionen hinweg, z.B. ein Brunnen in der Göttinger Innenstadt, der nach Kriegsbeginn ‚plötzlich‘ blutrotes Wasser spuckte. Viele der bekannten Aktionsformen sind ohnehin kritisch zu hinterfragen: Gedenkminuten, Mahnwachen und Demos gehören längst zu einem „normalen“ Krieg dazu und werden selbst von AkteurInnen nicht als mitreißend empfunden.

Und schon länger ist offensichtlich, das Parteipolitik keine grundsätzlichen Veränderungen herbei führen kann. Die Grünen haben nicht erst jetzt bewiesen, dass sie mit Atomkraft, Naturzerstörung und Militarismus kompatibel sind – sie sind ein Teil des herrschenden Systems.

Es bleibt daher zu wünschen, dass mehr Menschen ihre Hoffnungen nicht mehr in StellvertreterInnen, gewählte Funktionäre und das Kungeln mit der Macht setzen – sondern selber außerparlamentarisch aktiv werden, zusammen mit vielen anderen. Was wir brauchen ist ein breiter Widerstand von unten, frech, druckvoll und selbstorganisiert! Das bedeutet: Basisgruppen in jeder Stadt, die sich unabhängig von staatlichen Strukturen organisieren, Freiräume aufbauen und ihrem Protest gegen Krieg und dessen Ursachen durch fantasievolle Aktionen Ausdruck verleihen. Gegenentwürfe zu Herrschaft und Verwertung müssen zurück in die öffentliche Diskussion. Also los!

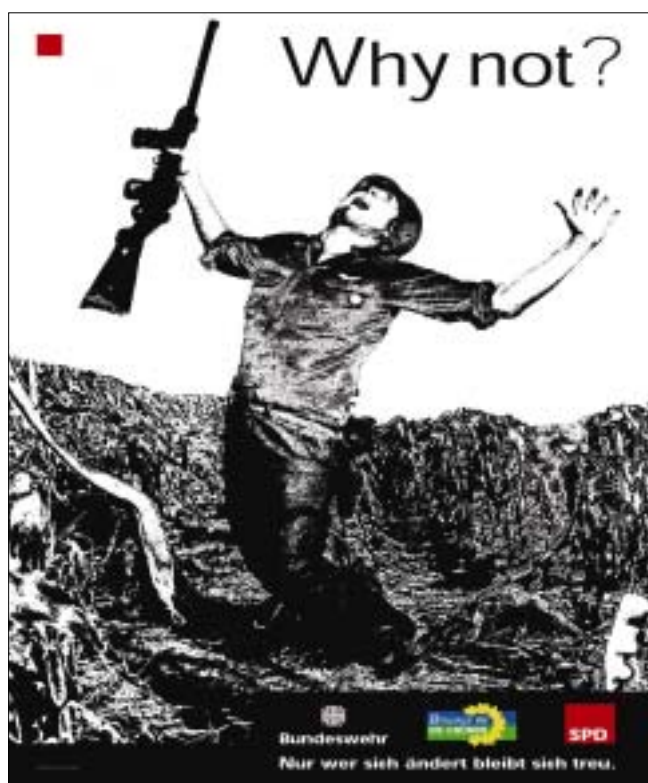
(Schwarze Katze)

Krieg gegen Terror?

Seit dem 7. Oktober Krieg. Die Zahl der Opfer liegt nach Angaben der Initiative „Bundeswehr abschaffen“ bei über 4.000 Toten. Eigentlich hätte schon unmittelbar nach Beginn der Luftangriffe klar sein müssen, wer von der militärischen Intervention betroffen sein würde: die Zivilbevölkerung Afghanistans – die Opfer der Taliban.

Am 9. Oktober werden bei den Angriffen vier zivile UN-Mitarbeiter in Kabul, die mit Aufgaben der Minenräumung befasst waren, getötet. Am 16. und 26. Oktober werden Warenlager des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) von US-Flugzeugen mit 1000-Pfund-Bomben bombardiert. Bei schwersten Flächenbombardements auf Kabul, Kandahar und Herat werden immer wieder Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser getroffen, die teilweise meilenweit von Taliban-Stützpunkten entfernt liegen. Unter den Toten sind auch zahlreiche JournalistInnen.

Durch die ständigen Bombardierungen ist es Hilfsorganisationen nicht möglich, den Hunger der Menschen wirklich zu bekämpfen; die abgeworfenen Hilfspakete werden daher von ihnen als zynische Propaganda eingestuft. Und immer wieder Randnotizen über Plünderungen, Massenhinrichtungen – welches Verständnis von ‚Zivilisation‘ hier vorherrscht, sollte zu denken geben. Krieg gegen Terror ist Terror.



Aktiv werden gegen Krieg & Co.?

Zeitungen wie diese sollte es öfter geben? Aktionen gegen Krieg in deiner Stadt? Auch im Märkischen Kreis gibt es Gruppen und Menschen, die sich für friedliche Verhältnisse engagieren. Einfach mal reinschnuppern oder sofort mitmachen – bei folgenden Gruppen:

Friedensplenum Iserlohn: jeden Dienstag ab 20.00 Uhr im JuZ Karnacksweg – www.friedensfestival.de

Schwarze Katze Hemer: Archiv, Radio, Vertrieb, Bildung und Aktion. Postfach 41 20, 58664 Hemer – www.free.de/schwarze-katze

JungdemokratInnen Menden: jeden Mittwoch ab 18.00 im JuZ Menden, Kirchplatz 3 – www.jungdemokratinnen.de/mk

AG Antinationalismus Sauerland: antinational & antimilitaristisch – www.free.de/schwarze-katze/anna